

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustr. Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 Mt. — Durch die Post bezogen 2.— Mt. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 53477	Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21 Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig Telephon 72206. — Verlag in Leipzig: Tauscher Straße 19/21 — Telephon 72206	Inseratenpreise: Die 10geleit. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg., Stellenangebote 10geleit. Kolonelle 25 Pfg. Familiennachrichten von Privatpersonen 10geleit. Kolonelle mit 50% Nachlab. Reklameseite 2 Mt. Inserate v. ausm.: die 10geleit. Kolonelle 40 Pfg. bei Platzvorschrift, 50 Pfg., Reklameseite 2.25 Mt.
---	--	---

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweigabteile und alle Postämter entgegen

Luftfahrt-„Spionage“?

Auffechenerregende Verhaftungen

SPD Im Auftrage des Oberstaatsanwalts wurden am Dienstag in Berlin drei Personen unter dem Verdacht der Spionage verhaftet. Es handelt sich um einen höheren Angestellten der Deutschen Versuchsanstalt für Luftfahrt in Berlin-Adlershof und um zwei Helfershelfer, die beschuldigt werden, Betriebsgeheimnisse dieser dem Reich unterstehenden Versuchsanstalt an Sowjetrußland verkauft zu haben. Die Ermittlungen sind noch im Gange.

Die Deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt hat im Auftrage des Reichsverkehrsministeriums das gesamte Luftfahrtmaterial zu prüfen, die Forschungen auf sämtlichen mit der Luftfahrt zusammenhängenden Gebieten vorzunehmen und Eichungen durchzuführen. Die Erledigung dieser Aufgaben geht in neun Abteilungen vor sich, die alle außerordentlich wichtige Funktionen haben, da alle neuen Flugzeuge und Motortypen hier vor der Fabrikation ausprobiert werden.

SPD Berlin, 11. Juli. (Radio.)

Der wegen Spionage zugunsten Rußlands in Berlin verhaftete Regierungsbaumeister wird in erster Linie beschuldigt, Konstruktionszeichnungen neuer deutscher Flugzeugtypen für hohe Summen an das Ausland verkauft zu haben. Das war ihm möglich, da die deutsche Versuchsanstalt für Luftfahrt auf Grund der für die Abnahme von Luftfahrzeugen vorgeschriebenen Prüfordnung alle technischen Unterlagen erhält. Das gilt sowohl für die Zeichnungen wie Berechnungen von den verschiedenen Flugzeugfirmen. Für Rußland hatten diese Forschungsarbeiten insofern eine gewisse Bedeutung, weil die Sowjetregierung seit Monaten bemüht ist, die russische Luftfahrt vom nationalen Standpunkt aus neu aufzubauen und vom Auslande nach Möglichkeit unabhängig zu machen.

In welchem Umfange der Regierungsbaumeister Konstruktionszeichnungen an Sowjetrußland verkauft hat, steht bisher noch nicht genau fest. Seine Verhaftung soll übrigens nicht erst am Dienstag, sondern bereits vor vierzehn Tagen erfolgt sein.

Zwischen dem verhafteten Regierungsbaumeister Ludwig und dem Beauftragten amtlicher russischer Stellen sollen in letzter Zeit wiederholt in Dessau, Ludwigshafen, Berlin und anderen Städten Konferenzen abgehalten worden sein, in denen Ludwig unmittelbar Geldbeträge übergeben wurden. Diese Beträge scheinen in die Hunderttausende zu gehen. Von zuständiger Seite wird darauf hingewiesen, daß die Luftversuchsanstalt rechtzeitig den Regierungsbaumeister überraschen konnte, so daß dieser Stelle kein nennenswerter Schaden erwachsen ist.

Ershossen!

SPD Riga, 11. Juli (Radio.)

Das Zentral-Exekutivkomitee der Sowjetunion hat in der Nacht vom Montag zum Dienstag fünf der im Donesprozeß ausgesprochenen Todesurteile durch Erschießen vollstrecken lassen. Hingerichtet wurden die Ingenieure Gorleht, Wozarjnow, Archischanow, Jussewitsch und Budny. Die anderen zum Tode verurteilten Angeklagten wurden zu zehn Jahren Gefängnis verurteilt. Es ist bezeichnend, daß die Sowjetregierung die Namen der begnadigten Personen veröffentlicht, während sie die Namen der bereits hingerichteten Angeklagten verschweigt, also interessierter Mensch dafür.

Deutsche Zustimmung zum Kellogg-Pakt

Berichterstattung im Auswärtigen Ausschuss

SPD Der Auswärtige Ausschuss des Reichstags trat am Dienstag unter dem Vorsitz des Abg. Scheidemann (Soz.) und in Anwesenheit des Reichskanzlers Müller zusammen, um die mit dem Kellogg-Pakt, dem Sicherheitskomitee und der Völkerbundrats-Festigung zusammenhängenden politischen Probleme zu erörtern. Staatssekretär v. Schubert gab zunächst eine ausführliche historische Darstellung der den Kellogg-Pakt betreffenden diplomatischen Vorgänge. Ueber die Arbeiten des Sicherheitskomitees sprach alsdann Staatssekretär a. D. v. Simson. Den Erklärungen der Vertreter der Reichsregierung folgte eine umfangreiche Aussprache. Am Schluß der Sitzung erklärte der Vorsitzende, Abg. Scheidemann (Soz.): „Die große Mehrheit des Ausschusses habe ihr Einverständnis damit ausgesprochen, daß die Reichsregierung die letzte amerikanische Note über den Kellogg-Pakt alsbald zustimmend beantwortet.“

Die Reichsregierung wird danach schon in den nächsten Tagen auch auf die zweite Kellogg-Note bezüglich eines Vertrages über die Aechtung des Krieges eine zustimmende Antwort erteilen. Das bedeutet jedoch noch nicht die Unterzeichnung des Entwurfes. Wann sie erfolgen kann, ist noch ungewiß. Der Termin hängt namentlich von der Vereinigung der Meinungsverschiedenheiten ab, die vorerst noch zwischen den Vereinigten Staaten und Frankreich bestehen.

Die Senkung der Lohnsteuer

Unbefriedigende Vorschläge

Der Soz. Pressedienst berichtet: Die interfraktionellen Besprechungen über die Senkung der Einkommensteuer, die am Dienstag unter dem Vorsitz des Reichsfinanzministers Dr. Hilferding stattfanden, haben noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Einige Parteien wendeten sich nach wie vor gegen eine sofortige Senkung der Einkommensteuer für die unteren Gruppen, weil sie befürchten, daß dadurch die von ihnen gewünschte Ermäßigung des Tarifs der Einkommensteuer auch für die mittleren Gruppen, deren Prüfung von der Reichsregierung zugelagt ist, ungünstig beeinflusst würde. Auch der Widerstand der Länder, die auf einen Teil der unerwarteten Mehreinnahmen verzichten müssen, findet in der Haltung der Preussischen Volkspartei einen Niederschlag. Immerhin ist anzunehmen, daß diese Bedenken noch im Verlaufe des Mittwochs ausgeräumt werden können und eine Verständigung erzielt wird.

Die Verständigung würde etwa auf der Grundlage herbeigeführt werden, daß die Senkung der Einkommensteuer, die vom 1. Januar 1928 ab auf 15 Prozent bzw. 2 Mark im Monat festgesetzt wurde, auf 25 Prozent bzw. 3 Mark monatlich erhöht würde. Angekündigt ist dabei noch die Frage, wann diese Ermäßigung in Kraft tritt, ob am 1. August oder erst am 1. Oktober. Auch die Frage, ob diese Ermäßigung nur bei Einkommen bis zu 8000 Mark jährlich gelten soll, oder auch für höhere Einkommen etwa bis 12000 Mark jährlich, ist noch nicht entschieden. Neben diesen Ermäßigungen soll eine weitere Ermäßigung der Steuerleistung durch eine Abminderung herbeigeführt werden. Die Steuer soll also z. B. bei einem Monatseinkommen von 134,95 Mark nicht von diesem Betrag sondern von 130 Mark berechnet werden, und bei einem Monatseinkommen von 34,95 Mark, nur von einem Betrage von 34 Mark; Monatseinkommen sollen also auf volle 5 Mark nach unten, Monatseinkommen auf volle 1 Mark nach unten abgerundet werden. Die Gesamtermäßigung dieser Maßnahmen wird auf rund 100 Millionen Mark jährlich geschätzt.

Daß eine so minimale Ermäßigung der Lohnsteuer die Massen der Arbeiterschaft nicht befriedigen könnte, sondern eine arge Enttäuschung hervorrufen müßte, wird niemand bezweifeln.

Der gestürzte Diktator frei!

WVB. Athen, 10. Juli.

Auf Beschluß des Ministerrats wurde Pangalos heute Nacht in Freiheit gesetzt.

Die Freilassung des ehemaligen Diktators, der sich bisher in Erwartung seines Prozesses in Haft befunden hatte, erfolgte, da im Kabinettsrat die Auffassung vertreten wurde, daß es angeht, die Auflösung des Parlaments und damit auch der parlamentarischen Kommission, die die Inhaftierung des Generals angeordnet hatte, nicht gerechtfertigt wäre, ihn im Gefängnis zu lassen.

Neuwahlen in Jugoslawien?

SPD Berlin, 11. Juli (Radio.)

Der Berliner jugoslawische Gesandte ist nach Belgrad berufen worden, um den Versuch zur Bildung einer sogenannten neutralen Regierung zu machen. Sein Kabinettsrat soll aus angesehenen unpolitischen Persönlichkeiten aus allen Teilen des Landes bestehen und Neuwahlen durchführen. Es ist vorgesehen, daß von den Mitgliedern dieser Regierung niemand kandidiert. Man will dadurch die Wahlfreiheit und die uneingeschränkte Durchführung der Volksabstimmung sichern. Nach erfolgter Wahl ist die Bildung einer Konzentrationregierung beabsichtigt.

Der jugoslawische Gesandte in Berlin, der in Jugoslawien außerordentlich hohes Ansehen genießt, ist Sozialist.

Die erste Niederlage

Das „Kabinet der Persönlichkeiten unter sozialdemokratischer Führung“ hat gestern im Reichstage seine erste Niederlage erlebt. Der Reichstag hat einen Gesetzentwurf, für dessen Annahme die sozialdemokratische Reichstagsfraktion und der Innenminister Semering mit sehr viel Energie eingeseht haben, durch Beschlussfassung nicht zum Gesetz erhoben, sondern ihn an den Rechtsausschuß überwiesen. Das ist der gewöhnliche Weg, den alle die Gesetzentwürfe gehen, von denen die Mehrheit will, daß sie nicht Gesetz werden, die sie aber aus irgendwelchen Gründen nicht sofort und klar ablehnen will. Die Erklärung des 11. August zum Nationalfeiertag der deutschen Republik ist bei den letzten Regierungsverhandlungen einer seiner Differenzpunkte gewesen, über die es zu keiner Einigung kam. Die sozialdemokratischen Unterhändler hatten den Nationalfeiertag mit in den Vordergrund gestellt. Sicher nicht, weil sie etwa fürchteten, daß er zu scharfen Gegensätzen mit den bürgerlichen Parteien Veranlassung geben werde, sondern wohl gerade deshalb, weil sie der Auffassung waren, daß in dieser Frage der Widerstand der anderen Parteien am geringsten sein werde. Sie hätten es wahrscheinlich für einen beachtenswerten Erfolg der Koalitionsregierung gehalten, wenn unter ihrem Regime dieser republikanische Feiertag beschlossen worden wäre.

Nun ist aber selbst dieser bescheidene Erfolg einer bescheidenen republikanischen Staatspolitik versagt geblieben. Außer der Sozialdemokratie und den paar Demokraten hat kein Vertreter irgendeiner anderen Partei für den Gesetzentwurf gestimmt. Das Zentrum schützte allerlei Bedenken vor und der andere Partner der Koalitionsregierung, die Volkspartei, hat sich offen dagegen ausgesprochen. Die Haltung dieser bürgerlichen Parteien ist um so bemerkenswerter, als der Gesetzentwurf auf eine Initiative der preussischen Regierung zurückgeht, der bekanntlich das Zentrum angehört und in die die Deutsche Volkspartei lieber heute als morgen hinein möchte. Das Zentrum macht also zweierlei republikanische Politik: in der preussischen Regierung für den Nationalfeiertag und im Reichstage dagegen.

Da der Reichsrat dem Gesetzentwurf bereits vor Monaten zugestimmt hat, so scheint uns das Verhalten der bürgerlichen Parteien am Anfang der Koalitionsperiode besonders klar zu machen, daß sie nicht an ein Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratie denken, sondern vielmehr daran, alles zu verhindern, was als ein Erfolg sozialdemokratischer Initiative aussehcn könnte.

Die gestrige Abstimmung im Reichstage hat für die neue Regierung zum erstenmal die Tatsache geschaffen, daß die eine Regierungshälfte und die hinter ihr stehenden Parteien bekämpft, was die andere durch ein Gesetz verwirklichen will. Es denkt natürlich in der Regierung und in den Parteien niemand daran, daraus irgendwelche Konsequenzen zu ziehen. Den Verteidigern des republikanischen Feiertages scheint der 11. August doch nicht die hohe Bedeutung zu haben, obwohl sie sich eben erst mit aller Wärme für ihn eingesetzt haben. Aber zugegeben, daß die Verhinderung des Nationalfeiertages von seinen Freunden nicht zur Preisfrage gemacht werden darf — soll diese Ablehnung des Gegeneinander- und Ueberstimmens unter der Herrschaft dieser Regierung zur Regel werden? Soll es so werden, daß, da im Kabinettsrat keine Einmütigkeit zu erzielen ist, die sozialdemokratische Reichstagsfraktion von sich aus die unausschießbaren sozial-, wirtschaftspolitischen und sonstigen Forderungen für parlamentarische Entscheidungen formuliert, gegen die dann die bürgerlichen Parteien in der Regierung und die außerhalb der Regierung stimmen? Will es etwa die Sozialdemokratie ertragen, daß alles, was ihr wesentlich erscheint, abgelehnt wird, da die bürgerlichen Parteien doch trotz der 152 Sozialdemokraten über eine starke Mehrheit verfügen?

Ein konkreter Fall: Die Entscheidung über den Panzerkreuzer ist aufgehoben, aber sie muß noch getroffen werden. Wahrscheinlich nur vom Kabinettsrat. Die Sozialdemokratie ist selbstverständlich gegen den Bau des Panzerkreuzers, aber sie ist die Minderheit im Kabinettsrat. Die Mehrheit wird den Bau beschließen. Um ihn schmählicher zu machen, wird Herr Gröner, der Reichswehrminister, aller Voraussicht nach bereit sein, die Kosten für die erste Rate nicht noch einmal anzufordern, sondern die Mittel hierfür aus dem unverfügbaren Reichswehrfonds zu schöpfen. Ist der Kreuzer einmal im Bau, dann müssen ja die Raten für die Fortsetzung auf jeden Fall bewilligt werden, trotz schlimmster sozialer Notlage des arbeitenden Volkes. Könnte die Sozialdemokratie sich eine solche Brüstung gefallen lassen? Auf keinen Fall!

Das rechtzeitig auszusprechen, halten wir für unsere Pflicht. Denn die Ablehnung des Nationalfeiertages, der kein Feiertag der Arbeiterschaft geworden wäre, lehrt uns, daß die Vertreter der Bourgeoisie im Reichstage zusammenstehen werden im Kampfe gegen das Proletariat und gegen die Partei, die